WB-FU-01-027-2

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (Kiel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 26 bis 29:
Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal und andere gar nicht registriert wurden. ~~Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.~~

Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und im Interesse der Schutzsuchenden wollen wir faire Verfahren und eine zügige Verteilung innerhalb Europas. Uns ist bewusst, dass nicht jede und jeder Ankommende Anspruch auf Asyl hat. Wir wissen aber auch, dass jede Abschiebung mit großen menschlichen Härten verbunden ist und deswegen zum sensibelsten Bereich in der Asylpolitik gehört. Deshalb möchten wir für all jene, die keinen Anspruch auf Asyl haben, die freiwillige Rückkehr stärken. Wir wissen aber auch, dass nicht jeder abgelehnte Asylantrag zu einer Ausweisung führt. In vielen Fällen wird aus rechtlich verbrieften humanitären Gründen ein Aufenthaltstitel vergeben und nicht abgeschoben. Wir finden das richtig, halten an dieser Politik fest und stellen uns gegen den an Zahlen ausgerichteten Abschiebepopulismus der Großen Koalition.

Begründung

Wir müssen das Thema Abschiebungen deutlicher zum Thema machen und uns positionieren. Beim Thema Abschiebepolitik liegt das größte Potenzial Grund- und Bürgerrechte durch die Hintertür abzuschaffen. Die Bundesregierung versucht den Mythos aufrechtzuerhalten, dass die derzeitige Abschiebepolitik ein Vollzugsproblem hat und deshalb eine schärfere Abschiebepraxis erreicht werden muss. Dass dabei völlig außer Acht gelassen wird, dass eine Ablehnung im Asylverfahren nicht automatisch zu einer Abschiebung führt, wird in der öffentlichen Debatte ignoriert. Zum Stichtag 31.12.2016 aber hatten 46,1 % der abgelehnten Asylsuchenden einen unbefristeten Aufenthaltstitel, 34,5 % einen befristeten. Schon diese Fakten verbieten es, Abschiebungen umstandslos als den durchzusetzenden Effekt eines abgelehnten Asylantrages zu sehen. Wir müssen uns hier deutlich positionieren und den Populismus der Bundesregierung erklären um Unterstützung für eine sensible und zurückhaltende Rückführungspolitik zu erreichen.

Unterstützer*innen

Aminata Touré (Neumünster KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel

KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Kemal Anıl Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Michael Hack (Wetterau KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Christoph Krieger (Kiel KV); Falk Lämmermann (Berlin-Mitte KV)